

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

vor rund zwei Wochen hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen geurteilt, dass das so genannte „Corona-Sondervermögen“ der schwarzgrünen Landesregierung verfassungswidrig ist. Denn es kann und darf nicht sein, dass eine Landesregierung sich von ihrer Parlamentsmehrheit einen Blankoscheck über bis zu zwölf Milliarden Euro ausstellen lässt, deren Verwendung vom Plenum des Landtags nicht mehr kontrolliert werden kann. Schwarzgrün hat also die Verfassung gebrochen – und zwar vorsätzlich. Denn an Warnungen, dass der Schattenhaushalt der Landesregierung juristisch nicht haltbar sein würde, hat es zu keiner Zeit gemangelt. Wer ein öffentliches Regierungsamt übernimmt, wird auf die Verfassung vereidigt und schwört, diese zu achten und zu schützen. Wer als Minister vorsätzlich gegen die Verfassung – und damit gegen seinen Amtseid – verstößt, muss persönliche Konsequenzen

ziehen. Diese Konsequenz, den Rücktritt, haben wir in der zurückliegenden Plenarwoche von CDU-Finanzminister Boddenberg gefordert, der für den Schattenhaushalt und dessen Scheitern verantwortlich ist. Wie alle Bürgerinnen und Bürger erwarten die Mitglieder der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, dass Regierungsmitglieder nach Recht und Gesetz handeln, die Verfassung achten, ihren Amtseid einhalten – und dass sie persönliche Konsequenzen ziehen, wenn sie dies nicht tun. Damit kein Missverständnis entsteht: Die Hilfen, die in der Corona-Krise nötig sind, wird es selbstverständlich weiter geben. Aber sie müssen rechtskonform und rechtssicher ausgestaltet sein. Das sicherzustellen, ist nun die Aufgabe der Landesregierung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Nancy Faeser

DEMOKRATIE GEHT UNS ALLE AN

GEWALT IN DER ZIVILGESELLSCHAFT



Viele Menschen haben immer weniger Hemmungen, andere zu beleidigen, zu bedrohen oder mit körperlicher Gewalt anzugehen. Ob Polizeibeamtinnen, Rettungssanitäter, Kommunalpolitikerinnen, Gewerkschafter oder ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger – verbale und körperliche Übergriffe auf sie nehmen beängstigende Ausmaße an. Die sozialen Medien sind zu Verstärkern

von Meinungen geworden und tragen dazu bei, wenn Hass, Hetze und Verschwörungstheorien dominieren. Günther Rudolph, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte dazu im Hessischen Landtag: „Radikalisierung im Internet spiegelt sich auch in der Realität wider. Aus Worten werden Taten. Wir müssen die Betroffenen schützen – mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Gewalt und Bedrohungen dürfen in Hessen keinen Platz haben.“ Der Fokus auf politische Bildung und Demokratieerziehung sei wichtig. Dadurch könne die Basis gelegt werden, um an demokratischen Prozessen teilzunehmen und diese zu verinnerlichen. Diese Form der Demokratieerziehung müsse so-

wohl in Kindertagesstätten als auch in Schulen gestärkt werden. Auch eine wirksame Strafverfolgung mit der konsequenten Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten sei notwendig. Wissenschaftliche Erhebungen seien ebenfalls wichtig, um Ursachen und Wirkung von Bedrohung bzw. Bedrohungssituationen zu verstehen. „Im Rahmen eines Landesdemokratieförderungsgesetzes kann aber geregelt werden, wie Länderverantwortung aussehen könnte. Wir müssen alle Maßnahmen und Handlungsfelder im Kampf gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe aufschlüsseln und auf den Prüfstand stellen, um Lücken sichtbar zu machen und Maßnahmen zu strukturieren, denn Demokratie geht uns alle an“, so Rudolph.

STEIGENDEN BAUKOSTEN ENTGEGENSTEUERN

Die Kosten beim Wohnungsbau steigen explosionsartig. Gründe dafür sind beispielsweise der um 200 Prozent gestiegene Holzpreis, Lieferengpässe, Fachkräftemangel und übervolle Auftragsbücher. Aus diesem Grund forderte die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag die Landesregierung auf, alle Akteure des Wohnungsbaus, wie die Wohnungswirtschaft, Architekten und Stadtplaner, die Handwerkskammern und auch die kommunalen Vertretungsgremien an einen Tisch zu bringen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, um der aktuell schwierigen Lage zu begegnen. Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Elke Barth, sagte:

„In jedem Fall muss verhindert werden, dass die Kostensteigerungen beim Wohnungsbau am Ende bei den Mietern abgeladen werden. Dies wird aber unausweichlich, wenn keine Gegenmaßnahmen entwickelt werden.“ Auch der SPD sei klar, dass die hessische Politik nicht die Probleme auf dem Weltmarkt lösen könne, die zu einem Teil die Ursache der Preissteigerungen sind, aber man könne sehr wohl über Gegenmaßnahmen wie Sonderprogramme nachdenken. Außerdem gebe es auch Probleme, die direkt in Hessen gelöst werden könnten, wie etwa fehlende Deponiekapazitäten für Bauschutt, das schleppende Tempo



bei Planungsverfahren und der Digitalisierung oder mehr Unterstützung bei der beruflichen Bildung. Dass Wohnungsminister Tarek Al-Wazir den Wunsch der hessischen Wohnungswirtschaft nach einem Baukostengipfel bisher ignoriert habe, sei unglaublich. „Steigende Baukosten sind am Ende steigende Wohnkosten und hier muss das Land alles unternehmen, um gegenzusteuern“, so Barth.

FINANZMINISTER BODDENBERG ENTLASSEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Der Hessische Staatsgerichtshof hat das Corona-Sondervermögen für verfassungswidrig erklärt. Zwei Wochen lang hat Ministerpräsident Bouffier gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit jede Aussage zu diesem, dem schwersten Verfassungsbruch in der Geschichte des Landes Hessen, verweigert. Nancy Faeser, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sagte dazu vor dem Hessischen Landtag: „Der Ministerpräsident darf sich nicht länger verstecken und muss die Verantwortung für das Scheitern der Politik der Landesregierung übernehmen. Der Ministerpräsident bestimmt laut Artikel 102 der Landesverfassung die Richtlinien der Regierungspolitik. Er trägt die Verantwortung.“ Bouffier müsse nun endlich handeln: „Minister Boddenberg muss entlassen werden, um weiteren Schaden abzuwenden. Transparenz muss hergestellt werden, um die Hessinnen und Hessen über die Umstände des Verfassungsbruchs aufzuklären. Außerdem muss der Ministerpräsident auch persönliche Konsequenzen ziehen, denn auch wenn der Finanzminister gehandelt hat,

hat er innerhalb der Richtlinien des Ministerpräsidenten Bouffiers gehandelt“, so Faeser.

STÄRKUNG DES FINANZPLATZES FRANKFURT

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Hessische Landtag die Ansiedlung des International Sustainability Standard Board (ISSB) in Frankfurt beraten. Das ISSB soll weltweite Standards für die nachhaltige, klimarelevante Finanzberichterstattung von Unternehmen entwickeln. Die SPD-Landtagsabgeordnete Tanja Hartdegen lobte die Bemühungen vieler Akteure, allen voran von Bundesfinanzminister Scholz, Bundesjustizministerin Lambrecht, aber auch der Verantwortlichen der Stadt Frankfurt. „Die Ansiedlung des ISSB ist eine große Aufwertung für den Finanzplatz Frankfurt. Es ist wegweisend für zukünftiges wirtschaftliches Handeln entlang großer Zukunftsfragen, wie dem Klimawandel und nachhaltigem Wirtschaften.“



UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS UKGM

Auf Antrag der Fraktion der Linken wurde in einer aktuellen Stunde über die Situation am Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) diskutiert. „Die schwarzgrüne Landesregierung lässt die Beschäftigten und damit



auch die Patientinnen und Patienten im Stich und nimmt Proteste nicht ernst“, kritisierte Dr. Daniela Sommer, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Insbesondere ignoriere die Landesregierung die Arbeitsverdichtung, die Bürokratie, den Personalmangel, die hohen Ausfallzeiten, die etlichen Überstunden und Überlastungs- sowie Risikoanzeigen. Wer immer noch mit fünf Prozent beteiligt sei, dürfe sich nicht wegduckern, sondern müsse sein Kontrollrecht konsequent wahrnehmen. Das Land trage auch Verantwortung für gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Bisher seien alle Anträge und Forderungen von der schwarzgrünen Koalition abgelehnt und Probleme klein geredet worden.

WIR ALLE WOLLEN STABILE PREISE

Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde in einer Aktuellen Stunde über den Zusammenhang von Inflation und Staatsverschuldung diskutiert. Bijan Kaffenberger wies in der Debatte darauf hin, dass die Inflation im Oktober erstmals seit 28 Jahren bei 4,5 Prozent lag. Gründe für diesen starken Anstieg seien unter anderem steigende Energiepreise und Lieferengpässe, aber auch Einmaleffekte wie die angehobene Mehrwertsteuer und die CO2-Abgabe seien daran beteiligt. „Wir alle wollen stabile Preise. Inflationsprognosen deuten darauf hin, dass diese Preissteigerung nur vorübergehend ist und die Inflation bald wieder sinkt.“



MEHR BERATUNG BEIM DATENSCHUTZ BENÖTIGT

BERICHT DES DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN



Im Rahmen der Plenarsitzungen wurde der 49. Datenschutzbericht vorgestellt. In ihrer Rede betonte die datenschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nadine Gersberg: „Der Datenschutzbericht macht deutlich, dass der Beschäftigtendatenschutz in Zeiten der Digitalisierung immer weiter an Bedeutung gewinnt.“ So habe es im Jahr 2020 einen re-

gelrechten Trend in kleinen und mittelgroßen Firmen gegeben, die Zeiterfassung ihrer Beschäftigten per Fingerabdruck vorzunehmen. Ein Verfahren, das nicht datenschutzkonform sei. „Besonders bei sehr kleinen bis mittelgroßen Unternehmen bestehen große Unsicherheiten in Sachen Datenschutz. Sie haben oft keinen internen Datenschutzexperten und benötigen Beratung auch durch den Hessischen Datenschutzbeauftragten“, so Gersberg. Mit der voranschreitenden Digitalisierung nehme die Fülle an Aufgaben des Datenschutzbeauftragten immer weiter zu. „Die Aufgaben sind vielfältig, die Meldungen nehmen zu, die Beratungsanfragen auch – das Personal in der Datenschutzbehörde wird das auf Dauer nicht schultern können und bedarf dringend einer Aufstockung“, so Gersberg.

LEHRKRÄFTE IN HESSEN



Zur Debatte der Lehrkräftesituation in Hessen erklärt der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen: „Seit Jahren macht Schwarzgrün Abstriche bei der pädagogischen und didaktischen Qualität des Unterrichts.“ Der Kultusminister wisse schlichtweg nicht, wer an unseren Schulen Verantwortung für die Bildung unserer Kinder trägt. Degen forderte eine Unterrichtsgarantie mit qualifizierten Lehrkräften anstatt immer mehr auf Laien im Klassenraum zu setzen. Notwendige Maßnahmen seien mehr Studienplätze, mehr und passende Qualifizierungsmaßnahmen zum Erwerb eines Lehramts sowie qualifizierten Quereinstieg. Ein erster Schritt sei die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte und die Perspektive von A13 auch an Grundschulen.

LKA-SPITZE UNTER POLITISCHEM EINFLUSS?

DIENSTRECHTLICHE VORSCHRIFTEN



Die Pläne der Landesregierung, die Präsidentin oder den Präsidenten des Hessischen Landeskriminalamtes als politische Beamtin oder

politischen Beamten zu installieren, wurden in der Plenardebatte zu dem entsprechenden Gesetzesentwurf heftig kritisiert. Günter Rudolph, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, sagte dazu im Plenum: „Im Rahmen der Anhörung haben Sachverständige deutlich gemacht, dass sie verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese vorgesehene Regelung haben.“ Es gebe keine sachliche Rechtfertigung, die Behördenlei-

tung mit einem politischen Beamten zu besetzen. „Innenminister Beuth will durchregieren“, so Rudolph. Zudem kritisierte Rudolph die nach dem Gesetzesentwurf entfallende Gesundheitsuntersuchung für die Verbeamtung auf Lebenszeit von politischen Beamten. Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag ein, durch den die Stellung der Personalräte gestärkt werden soll. „Gerade bei der Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden, sollen die Personalräte wieder echte Mitbestimmungsrechte wahrnehmen können“, so Rudolph.

ERHALT DER HESSISCHEN SCHWIMMBÄDER

In der Debatte zur Situation der rund 7.600 hessischen Sportvereine sagte der SPD-Abgeordnete Oliver Ulloth: „Sport ist mehr als Bewegung. Sport hat eine wichtige soziale und pädagogische Komponente.“ Das Vereinsleben sei in vielen Phasen der Pandemie stark eingeschränkt gewesen. Viele Vereine klagten über herbe Mitgliederverluste und leere Vereinskassen. Zwar habe die Landesregierung verschiedene Fördertöpfe zur Unterstützung der Vereine bereitgestellt, diese seien jedoch nicht ausreichend für eine umfassende Vereinsförderung in dieser Krise. Deutlich machte Ulloth dies am Schwimmbadinvestitionsprogramm SWIM: „SWIM ist ein nettes kleines Förderprogrammchen,



aber keine Möglichkeit um umfangreiche Sanierungsmaßnahmen von Bädern durchzuführen.“ Der Fördertopf von 50 Millionen Euro sei in einem Flächenland wie Hessen kaum mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. „Um sich vorzustellen, wie sich SWIM aus dem Blickwinkel von Kommunalpolitik anfühlt, stellen Sie sich vor: Sie haben ein leeres Schwimmbecken mit sechs Bahnen und dann kommt die Landesregierung mit einem zehn Liter Eimer voll Wasser – das ist nichts“, kritisierte Ulloth. Er forderte die Landesregierung daher auf, deutlich mehr Einsatz zu zeigen, was den Erhalt der hessischen Schwimmbäder und somit auch die Möglichkeiten zum Schwimmenlernen betrifft.

Nach der Debatte zur Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes stellte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, enttäuscht fest: „Trotz der zahlreichen Verbesserungsvorschläge der Expertinnen und Experten sieht die schwarzgrüne Landesregierung keinen Nachbesserungsbedarf für ihren Gesetzesentwurf.“ Die SPD habe in Folge der Anhörung einen Änderungsantrag eingebracht, der neben elektronischen Zigaretten und Tabakerhitzen auch Tabakersatzstoffe und Wasserpfeifen in die Regelungen einbeziehe. Vor allem wolle ihre Fraktion den Kinder- und Jugendschutz stärker betonen. „Neben einem verbesserten Schutz in öffentlichen Bereichen plädieren wir für ein Rauchverbot in Autos, in denen Kinder oder Schwangere an Bord sind.“ Passivrauchen sei ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko. „Hessen sollte Mut beweisen, Vorreiter sein und das Rauchen in Autos verbieten, wenn Kinder oder Schwangere mitfahren“, so Sommer.



NICHTRAUCHERSCHUTZGESETZ

TV-TIPP: „HEUTE-SHOW“ ZUM WAHLRECHT AB 16



Ein Team der Satiresendung „Heute-Show“ hat die Abgeordneten des Hessischen Landtags während der Plenarwoche nach ihrer Meinung zum Wahlrecht ab 16 gefragt. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hatte die SPD-

Fraktion im September in den Landtag eingebracht. Auch Günther Rudolph stand mit Moderator Fabian Köster vor der Kamera. Die Sendung wird voraussichtlich am Freitag, den 12. November, im ZDF ausgestrahlt.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer,
Leon Schenke.

Bilder:

Stefan Krutsch, Peter Jülich,
Hessischer Landtag, Marius Weiß.